

Herbstsession 2025: Überblick aus Sicht des VBSA

Highlights:

PFAS-Sondersessionen

Im Nationalrat wurden die verschiedenen PFAS-relevanten Geschäfte in einer [Sondersession](#) diskutiert. Die Ratsmitglieder haben beschlossen, bei der Festlegung von PFAS-Grenzwerten neben Umwelt- und Gesundheitsaspekten auch wirtschaftliche Konsequenzen zu berücksichtigen und Bauern mit überhöhten PFAS-Werten finanziell zu unterstützen. Der Nationalrat beauftragte den Bundesrat, eigenständige Schweizer Regelungen zu prüfen und wo möglich die Verwendung von PFAS einzuschränken; zudem sprach er sich für eine Deklarationspflicht und Hilfen für Industrie und Landwirtschaft aus. Umstritten war unter anderem der Umgang mit EU-Grenzwerten, das Vermischen belasteter Lebensmittel und sektorbezogene Abgaben. Die angekündigte [Sondersession zu PFAS im Ständerat fiel aus](#), da der Ständerat alle traktandierten Motionen der zuständigen Kommission zur Vorberatung zugewiesen hat. Dies gilt auch für die [Motion der VBSA-Präsidentin und Ständerätin Tiana Moser](#). Der VBSA-Überblick geht entsprechend nicht auf die einzelnen PFAS relevanten Geschäfte ein.

Carbon Capture and Storage (CCS)

Zwei Geschäfte wurden zum Thema CCS eingereicht: die [Interpellation von Nationalrat Bürgi](#) und die [Anfrage durch Nationalrätin Schlatter](#). In den Geschäften geht es um wichtige Fragen der Machbarkeit, Kosten und der Effizienz der CCS. Insbesondere die Interpellation Bürgi bringt die Kostenfragen der CCS bei KVA in der Schweiz auf den Tisch.

Falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien

Zwei neu eingebrachte Motionen zielen darauf ab, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für das Recycling von Batterien und elektrischen Geräten angesichts zunehmender Brandrisiken durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien zu verbessern. [Die Motion von Reto Nause](#) fordert kostendeckende Recyclingbeiträge als Voraussetzung für die Anerkennung von Branchenorganisationen, damit Schäden und Risiken für Entsorgungsbetriebe gedeckt sind. Die [Motion von Christian Imark](#) strebt eine Erhöhung und gezielte Verwendung der Entsorgungsgebühr für Aufklärungskampagnen und präventive Brandschutzmassnahmen an, um Fehlwürfe und daraus resultierende Brände systematisch zu reduzieren.

Inhaltsverzeichnis

Behandelte Geschäfte	4
Im Nationalrat (NR)	4
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Pneuabrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?	4
Im Ständerat (SR)	4
Parlamentarische Initiative (NR, Gerhard Pfister, Mitte) - Ein neues schlankes und wirksames CO ₂ -Gesetz	4
Motion (SR, Pierre-Yves Maillard, SP) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz	4
Pendente Geschäfte	4
Interpellation (NR Bastien Girod, Grüne) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrrichtverbrennungsanlagen	4
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Standards und Qualität der CO ₂ -Entfernung	5
Interpellation (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?	5
Interpellation (NR Brenda Tuosto, SP) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen	5
Interpellation (NR Céline Weber, GLP) – Plastiklawine beim Versand von Zeitschriften	5
Interpellation (NR Christophe Clivaz, Grüne) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter?	6
Interpellation (NR Ursula Zybach, SP) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen	6
Motion (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - (Fast)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode	6
Motion (NR Ursula Zybach, SP) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit	6
Motion (NR Marionna Schlatter, Grüne) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot	7
Neu eingereichte Geschäfte	7
Im Nationalrat	7
Interpellation (NR Martine Docourt, SP) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter?	7
Interpellation (NR Marionna Schlatter, Grüne) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf?	7
Interpellation (NR Roman Bürgi, SVP) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO ₂ -Abscheidung in KVA	7
Motion (NR Reto Nause, Mitte) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchenankennung im Bereich von E+E Recycling	8

Motion (NR Christian Imark, SVP) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen.....	8
Motion (NR Céline Weber, GLP) - Anreize schaffen, damit die Plastikverpackungen für den Versand von Zeitschriften ersetzt werden.....	8
Anfrage (NR Marionna Schlatter, Grüne) - Carbon Capture and Storage (CCS)-Potenzial ist kleiner als gedacht: kein Joker für die Schweizer Klimapolitik	8
Anfrage (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Wird die Schweiz ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erreichen?	8

Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte 9

Postulat (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (06.06.2023).....	9
Motion (SR Marianne Maret, Mitte) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (06.06.2023)	9
Postulat (SR Tiana Angelina Moser, GLP) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien (03.05.2023).....	9
Postulat (SR Othmar Reichmuth, SVP) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (13.06.2023).....	10
Postulat (UREK-N) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (11.03.2024)	10
Motion (UREK-N) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben (05.12.2024).....	10
Motion (UREK-N) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (05.12.2024)	10
Postulat (UREK-N) - Stand und Potenzial der Pyrolyse (20.12.2024).....	10
Postulat (UREK-N) - Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (20.12.2024)	11
Motion (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars) (04.06.2025).....	11
Motion (SR Jakob Stark, SVP) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (12.06.2025)	11
Motion (UREK-S) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO ₂ (06.05.2025).....	11
Postulat (NR Céline Weber, GLP) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern (06.05.2025)	12
NEU - Motion (NR Daniel Fässler, Mitte) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen	12
NEU - Motionen (UREK-S und UREK-N) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes.....	12
NEU – Postulat (UREK-S) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO ₂ - Gesetz.....	12

Behandelte Geschäfte

Im Nationalrat (NR)

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Pneuabrieb in Schweizer Gemüse: Welche Massnahmen sind geplant?](#)

Die Interpellation von Gabriela Suter thematisiert die Belastung von Schweizer Gemüse mit Schadstoffen aus Pneuabrieb und stellt Fragen zu Gesundheits- und Umweltrisiken sowie zu geplanten Massnahmen des Bundesrats. Der Bundesrat verweist in seiner Antwort auf laufende nationale und internationale Forschungsprojekte zu den Auswirkungen von Reifenabrieb sowie auf bestehende und geplante Massnahmen zur Reduktion der Belastung, etwa durch verbesserte Messmethoden, sanierte Strassenentwässerungen und internationale Normierungen. Da die Schweiz bei Vorschriften zu Reifen mit der EU harmonisiert ist, sieht der Bundesrat mögliche zukünftige Schritte vor allem in international abgestimmten Regelungen wie neuen Grenzwerten und erweiterten Reifenetiketten. Es wurde keine Diskussion verlangt, weshalb dieses Geschäft erledigt ist.

Im Ständerat (SR)

[Parlamentarische Initiative \(NR, Gerhard Pfister, Mitte\) - Ein neues schlankes und wirksames CO₂-Gesetz](#)

Die parlamentarische Initiative 22.451 verlangte ein neues, vereinfachtes CO₂-Gesetz mit einer umfassenden, dynamisch angepassten Lenkungsabgabe auf Emissionen im Inland sowie auf importierten Produkten, deren Einnahmen vollständig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt würden. Während der Nationalrat der Initiative folgte, lehnte sie der Ständerat am 25. September 2025 ab, womit das Geschäft erledigt ist. Gleichzeitig wurde ein Postulat der UREK-S mit dem gleichen Titel und ähnlichem, jedoch abgeschwächtem Inhalt angenommen und dem Bundesrat überweisen (siehe unter Kapitel „Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte“ [NEU – Postulat \(UREK-S\) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO₂-Gesetz](#))

[Motion \(SR, Pierre-Yves Maillard, SP\) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz](#)

Die Motion 24.3540 fordert den Bundesrat auf, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Produktion und Vermarktung von Recyclingglas in der Schweiz wieder wirtschaftlich wird und Transporte über weite Strecken vermieden werden. Trotz ablehnender Haltung des Bundesrats hat der Ständerat die Motion am 25. September 2025 angenommen, womit die Motion nun in Beratung in der UREK-N ist.

Pendente Geschäfte

[Interpellation \(NR Bastien Girod, Grüne\) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrichtverbrennungsanlagen](#)

Die Interpellation 24.3958 fordert ein solidarisches Finanzierungssystem. Schweizer Kehrichtverbrennungsanlagen, um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Der Bundesrat bestätigt, dass

eine einheitliche Erhöhung der Entsorgungstaxen rechtlich möglich ist und verweist auf bestehende Förderprogramme, die innovative Technologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung unterstützen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Vorstoss liegt vor.

[Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Standards und Qualität der CO₂-Entfernung](#)

Die Interpellation 24.4624 thematisiert die Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen für CO₂-Entfernung in der Schweiz, einschliesslich Anforderungen wie Speicherdauer, ökologische Standards und Verifizierbarkeit. Der Bundesrat verweist auf bestehende nationale Regelungen, internationale Richtlinien (z. B. IPCC) und bilaterale Klimakooperationsverträge, betont jedoch, dass freiwillige Zertifikate aus dem EU-Rahmenwerk derzeit nicht an Schweizer Klimaziele angerechnet werden können. Fragen zu Zertifizierungen und langfristigen Speichermethoden sollen im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision nach 2030 weiter geprüft werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

[Interpellation \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?](#)

Die Interpellation 24.4332 befasst sich mit der Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung von Glasverpackungen in der Schweiz, insbesondere im Hinblick auf die Anpassung des Systems der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) nach der Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass die Wiederverwendung von Glasverpackungen bereits in der geltenden Verordnung vorgesehen ist, und die Verwaltung derzeit Möglichkeiten zur Förderung von Mehrwegverpackungen sowie potenzielle Massnahmen im Bereich Verpackungen prüft.

[Interpellation \(NR Brenda Tuosto, SP\) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die Nationalrätin kritisiert in ihrer Interpellation 24.4406 den gesetzlichen Rahmen für das Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten in der Schweiz als nicht ausreichend verbindlich, insbesondere im Online-Handel, wo einige Anbieter ihre Rücknahmeverpflichtungen und die Erhebung des vorgezogenen Recyclingbeitrags umgehen. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsrisiken durch unsachgemässe Entsorgung, weshalb eine Stärkung des Rechtsrahmens notwendig sei. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass mit der Revision des Umweltschutzgesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitung zur Wiederverwendung geschaffen wurde und den Onlinehandel somit stärker in die Verantwortung eingebunden ist, indem ausländische Unternehmen eine Vertretung in der Schweiz bestimmen müssen, die für die rechtlichen Pflichten haftet.

[Interpellation \(NR Céline Weber, GLP\) – Plastiklawine beim Versand von Zeitschriften](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Weber thematisiert den Plastikverbrauch beim Versand von Zeitschriften und fragt nach Mengen, ökologischen Alternativen sowie möglichen Regulierungen. Der Bundesrat verweist auf eine Studie, die zeigt, dass Kunststoff- und Papierverpackungen in ihrer Umweltbelastung vergleichbar sind, wobei rezyklierte Folien oder biogene Varianten wie Kartoffelschalenfolien am günstigsten abschneiden würden; jedoch seien die Umweltaus-

wirkungen der Hüllen im Vergleich zur Produktion der Zeitschriften insgesamt gering. Regulierungsmöglichkeiten sieht der Bundesrat derzeit keine spezifisch für Zeitschriften, zumal schweizweit bereits Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Gange sind.

[Interpellation \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter?](#)

Die Interpellation von Nationalrat Clivaz thematisiert die Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch Zigarettenfilter, die als weitverbreitete Quelle von Mikroplastik gelten, und fragt nach der Haltung der Schweiz im internationalen UNEP-Prozess sowie zu einem möglichen nationalen Verbot. Der Bundesrat anerkennt die Schädlichkeit von Zigarettenfiltern, betont jedoch, dass ein Verbot das Littering-Problem nicht lösen würde, weshalb er auf einen umfassenden Ansatz mit Prävention, Sensibilisierung, Infrastruktur und Sanktionen setzt. International setzt sich die Schweiz für ein verbindliches Abkommen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit entlang des gesamten Kunststoff-Lebenszyklus ein, führt jedoch die Gespräche ergebnisoffen weiter.

[Interpellation \(NR Ursula Zybach, SP\) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Zybach kritisiert die unnötige Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten und fragt nach Mengen, Anreizen und Regulierungen. Der Bundesrat hält fest, dass keine systematische Datenerhebung zu diesen Verpackungen vorliegt und verweist auf bestehende rechtliche Grundlagen, die Eingriffe ermöglichen würden, sieht aber derzeit die Verantwortung beim Detailhandel, passende Lösungen zu wählen. Konsumentendruck sowie laufende Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zum Ausbau von Recyclingstrukturen seien aus Sicht des Bundesrats ausreichend, weshalb er aktuell keine zusätzlichen Schritte plant.

[Motion \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - \(Fast\)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode](#)

Die Motion fordert die Einführung eines vorgezogenen, ökologisch abgestuften Recyclingbeitrags für neue Textilien, um einen Fonds für nachhaltige Mode zu schaffen und die Kreislaufwirtschaft in der Branche zu fördern. Hintergrund ist die zunehmende Menge minderwertiger Fast-Fashion-Textilien, von denen in der Schweiz jährlich etwa 96.700 Tonnen anfallen und mehr als die Hälfte verbrannt oder als Putzlappen verwendet wird, während nur 37 Prozent wiederverwendet werden. Der Bundesrat unterstützt derzeit stattdessen ein freiwilliges Branchensystem und empfiehlt die Prüfung einer gesetzlichen Recyclinggebühr erst, falls die freiwillige Finanzierung nicht funktioniert. Entsprechend lehnt er die Motion ab.

[Motion \(NR Ursula Zybach, SP\) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit](#)

Die Motion 25.3925 beauftragt den Bundesrat, eine Mehrwegpflicht oder Verbote für Einwegkunststoffprodukte wie Geschirr, Besteck und Plastiksäcke im Take-away-Bereich zu erlassen. Damit soll die hohe Umweltbelastung durch Plastikmüll reduziert und die Glaubwürdigkeit der Schweiz gestärkt werden, die sich international für ein strenges Plastikabkommen einsetzt, national jedoch auf griffige Massnahmen verzichtet. In seiner ablehnenden Stellungnahme weist der Bundesrat darauf hin, dass er die laufenden Vernehmlassungen abwarten möchte, bevor weitere Massnahmen geprüft werden.

[Motion \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3929 aufgefordert, ein Verbot für das Inverkehrbringen von kurzlebigen Einwegplastikprodukten – insbesondere Plastiksäcken – zu erlassen, um den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt und den menschlichen Organismus wirksam zu begrenzen. Damit soll verhindert werden, dass die bisher durch freiwillige Branchenvereinbarungen erreichten Fortschritte bei der Reduktion von Plastiksäcken wieder verloren gehen. Der Bundesrat lehnt diese Motion in seiner Stellungnahme ab und begründet diese Haltung durch die laufende Reduktion der Einweg-Plastiksäcke und der laufenden Vernehmlassung der Verpackungsverordnung.

Neu eingereichte Geschäfte

Im Nationalrat

[Interpellation \(NR Martine Docourt, SP\) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter?](#)

Die Interpellation fordert vom Bundesrat eine Bilanz der internationalen Verhandlungen in Genf zu einem globalen Abkommen gegen Plastikverschmutzung und fragt nach dem weiteren Vorgehen der Schweiz sowie nach möglichen innenpolitischen Massnahmen zur Reduktion des Plastikverbrauchs. Unter anderem fragt die Nationalrätin, ob der Bundesrat beabsichtigt, Artikel 30a USG anzuwenden um bestimmte Einwegartikel oder Artikel mit kurzer Lebensdauer, die ein Risiko für die Umwelt darstellen, zu verbieten.

[Interpellation \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf?](#)

Die Interpellation thematisiert die ergebnislose UNO-Verhandlungsrunde in Genf zu einem globalen Plastikabkommen und fordert den Bundesrat auf, seine internationale und nationale Strategie gegen Plastikverschmutzung darzulegen. Dabei werden konkrete Fragen gestellt, etwa zu verbindlichen Massnahmen gegen Einwegplastik, zur Unterstützung von Entwicklungsländern sowie zur Reduktion von Plastikverbrauch und -exporten in der Schweiz.

[Interpellation \(NR Roman Bürgi, SVP\) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO₂-Abscheidung in KVA](#)

Der Nationalrat erörtert in seiner Interpellation, dass die CO₂-Abscheidung in Schweizer Kehrichtverbrennungsanlagen ist mit sehr hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden ist. Der Bundesrat wird deshalb nach den erwarteten Kosten für eine CO₂-Abscheidung an einer Schweizer KVA, Mehrkosten pro Abfallsack, den Auswirkungen verschiedener Abschreibungsfristen, nach bisherigen und geplanten Fördermassnahmen sowie sozialen Tragbarkeit einer Preissteigerung gefragt.

[Motion \(NR Reto Nause, Mitte\) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchen Anerkennung im Bereich von E+E Recycling](#)

Die Motion fordert, dass private Branchenorganisationen für elektrische und elektronische Geräte mit Batterien einen Recyclingbeitrag erheben müssen, der die vollen Kosten der Abfall- und Recyclingbetriebe inkl. der Risiken und Folgekosten von Fehlwürfen deckt. Hintergrund ist die starke Zunahme von Bränden in Schweizer Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien, die sich bei Beschädigung entzünden und teure Schäden verursachen können. Ziel ist, die Vergütung an die Recyclingbetriebe so auszugestalten, dass die Risiken durch Batteriefehlwürfe finanziell abgedeckt werden und die Anerkennung der Branchenorganisationen daran gebunden ist.

[Motion \(NR Christian Imark, SVP\) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen](#)

Die Motion des UREK-N Präsidenten fordert, die vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG) auf Altbatterien deutlich zu erhöhen und gezielt für Kampagnen und Präventionsmassnahmen zu verwenden, um Fehlwürfe und damit Brandgefahren bei der Entsorgung insbesondere von Lithium-Ionen-Batterien zu reduzieren. Hintergrund sind die zunehmenden Brandvorfälle in Schweizer Abfall- und Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Batterien, die trotz aktueller Sensibilisierungsmassnahmen weiterhin zu erheblichen und oft teuren Schäden führen. Ein Teil der VEG soll künftig in einen Fonds fliessen, der gezielt vorbeugende Schutzmassnahmen der Betriebe finanziert und für wiederholende Öffentlichkeitsarbeit zur sicheren Batterienentsorgung eingesetzt wird.

[Motion \(NR Céline Weber, GLP\) - Anreize schaffen, damit die Plastikverpackungen für den Versand von Zeitschriften ersetzt werden](#)

Im Anschluss der Beantwortung der [Interpellation 25.3645](#) von dergleichen Nationalrätin fordert die Motion den Bundesrat auf, wirksame Massnahmen umzusetzen, um den Versand von Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse in Plastikverpackungen nachhaltig zu reduzieren und alternative Lösungen zu fördern. Hintergrund ist die erhebliche Umweltbelastung durch jährlich rund 300 Tonnen Plastikabfälle, die grösstenteils nicht recycelbar sind und daher ökologische sowie ökonomische Probleme verursachen.

[Anfrage \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) - Carbon Capture and Storage \(CCS\)-Potenzial ist kleiner als gedacht: kein Joker für die Schweizer Klimapolitik](#)

Nationalrätin Schlatter verweist auf eine neue internationale Studie welche zeigt, dass das global sichere und praktikable Potenzial für geologische CO₂-Speicherung mit rund 1'460 statt bisher angenommener 14'000 Gigatonnen viel geringer ist, weil viele Lagerstätten in Risikogebieten liegen oder politisch, geografisch und technisch kaum nutzbar sind. Dies stellt insbesondere für die Schweiz, die auf ausländische Speicher angewiesen wäre, die bisherigen Klimastrategien in Frage und legt nahe, deutlich stärker auf direkte Emissionsreduktionen statt CCS zu setzen. Die Nationalrätin bittet deshalb den Bundesrat um Klärung der CCS Strategie des Bundes.

[Anfrage \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Wird die Schweiz ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erreichen?](#)

Gemäss Anfrage von Nationalrat Clivaz, zeigen die aktuellen Daten zeigen, dass die Schweizer Treibhausgasemissionen stagnieren und mit 42 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent im Jahr 2023

deutlich über dem für 2030 erforderlichen Zielwert von 26 Millionen Tonnen liegen, wobei insbesondere der Verkehrssektor seine Emissionen nicht senken konnte. Auch bei den internationalen CO₂-Kompensationen wurden bislang erst 0,04 % der vorgesehenen Massnahmen realisiert, was Zweifel an der Zielerreichung und Wirksamkeit der bisherigen Massnahmen weckt. Auf dieser Grundlage bittet der Nationalrat den Bundesrat um Klärung von Klärung des Standes und Massnahmen der Reduktion der Treibhausgase.

Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte

Die folgenden Dossiers wurden dem Bundesrat überwiesen und befinden sich in der Umsetzung. In der Regel hat der Bundesrat nach der Verabschiedung (Datum in Klammern) zwei Jahre Zeit, um das Dossier zu behandeln:

[Postulat \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft \(06.06.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Verbesserung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zu entwickeln, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Verlust von Rohstoffen durch den Export alter Fahrzeuge zu verhindern. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz bereits gut funktioniert, mit 97% der Altfahrzeuge, die von Schweizer Schredderwerken verarbeitet und recycelt werden. Der Nationalrat nahm das Postulat am 6. Juni 2023 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(SR Marianne Maret, Mitte\) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen \(06.06.2023\)](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, in verschiedenen Verordnungen spezifische Grenzwerte und Konzentrationswerte für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) festzulegen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Kantonen einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit PFAS-Belastungen zu geben. Die Motionärin betont die besondere Gefährlichkeit von PFAS als ubiquitäre, persistente, bioakkumulierbare, toxische und mobile Stoffe, deren gesundheitliche Risiken noch besorgniserregender sind als ursprünglich angenommen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, die von beiden Räten angenommen wurde.

[Postulat \(SR Tiana Angelina Moser, GLP\) - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien \(03.05.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Menschen und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS und PCB zu prüfen. Der Bundesrat unterstützt das Anliegen und beantragte die Annahme des Postulats, da er die Risiken dieser persistenten organischen Stoffe ernst nimmt und Handlungsbedarf sieht. Die Prüfung eines Aktionsplans soll die Belastungssituation in der Schweiz aufzeigen, Herkunft und Eintragsquellen identifizieren sowie den Handlungsbedarf unter Berücksichtigung der verschiedenen staatlichen Zuständigkeiten herausarbeiten. Das Postulat wurde am 3. Mai 2023 dem Bundesrat überwiesen. Durch die Interpellation 24.4056 erwirkte Ständerätin Moser eine Stellungnahme und Diskussion des Bundesrates in der Frühjahrsession 2025.

[Postulat \(SR Othmar Reichmuth, SVP\) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? \(13.06.2023\)](#)

Durch das Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, die Einführung einer vorgezogenen Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr auf Kunststoffe zu prüfen und verschiedene Fragen zur Umsetzung, Finanzierung und gesetzlichen Grundlagen zu beantworten. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verweist auf bereits bestehende Berichte, laufende Arbeiten und Verpflichtungen der Branche zur CO₂-Reduktion bei Kehrlichtverbrennungsanlagen. Trotz dem Antrag auf Ablehnung durch den Bundesrat wurde das Postulat vom Ständerat am 13. Juni 2023 angenommen.

[Postulat \(UREK-N\) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen \(11.03.2024\)](#)

Das Postulat 20.4332 fordert den Bundesrat auf, raumplanerische Lösungen für den Abbau, das Recycling und das Deponieren von Primärrohstoffen sowie die Entsorgung nicht wiederverwertbarer Abfälle zu erarbeiten, um die Versorgungssicherheit mit inländischem Baumaterial sicherzustellen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass die Raumplanung gemäss Verfassung den Kantonen obliegt und diese mit der kantonalen Richtplanung über geeignete Instrumente verfügen. Er betonte, dass der Bund bereits wichtige Grundlagen erarbeitet hat und die aktuelle Versorgungslage sich entspannt hat, weshalb momentan kein besonderer Handlungsbedarf besteht. Der Nationalrat nahm das Postulat am 11. März 2024 an und überwies es dem Bundesrat.

[Motion \(UREK-N\) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 23.3022 fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt zu erarbeiten und dem Parlament einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, da er bereits verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Mikroplastik ergriffen hat und weitere plant, wie beispielsweise die Erarbeitung eines Aktionsplans Mikroplastik. Er verwies zudem auf laufende, internationale Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen, deren Ergebnisse in die nationalen Massnahmen einfließen sollen. Nach Annahme des Ständerates und Modifikation des Nationalrates wurde die Motion durch erneute Zustimmung des Ständerates am 5. Dezember 2024 dem Bundesrat überwiesen.

[Motion \(UREK-N\) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 24.3475 fordert den Bundesrat auf, die Abfallverordnung (VVEA) zu ändern, um die regulatorische Blockade beim Zink-Recycling zu beheben und Rechtssicherheit für das SwissZinc-Projekt zu schaffen. Der Bundesrat unterstützte die Motion und schlug vor, Rückstände aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen ebenfalls als Siedlungsabfälle zu qualifizieren, wodurch sie unter das Siedlungsabfallmonopol fallen und nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat angenommen.

[Postulat \(UREK-N\) - Stand und Potenzial der Pyrolyse \(20.12.2024\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Bericht über die Vorteile der Pyrolyse von fossilen, biologischen und gemischten Abfällen zu erstellen, der den Nutzen und die Energieeffizienz dieser Technologie sowie die daraus gewinnbaren Treibstoffe thematisiert. Der Bericht soll auch

den Nutzen der Pyrolyse für die Energiespeicherung und Negativemissionen hervorheben sowie konkurrierende Technologien und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats, welches am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen wurde.

[Postulat \(UREK-N\) - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\) \(20.12.2024\)](#)

Der Bundesrat wird durch das Postulat aufgefordert, einen Bericht über die Auswirkungen einer Steuererleichterung für Treibstoffe aus dem chemischen Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) zu erstellen, der Einnahmeausfälle, mögliche Importanreize und CO₂-Bilanz-Effekte untersucht. Der Bundesrat ist bereit, diese Aspekte im Rahmen eines bereits geplanten Berichts zum Potenzial der Pyrolyse zu behandeln, steht Steuererleichterungen jedoch kritisch gegenüber und verwies auf die Befristung bestehender Vergünstigungen für erneuerbare Treibstoffe bis 2030. Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen und am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen.

[Motion \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten \(Puff Bars\) \(04.06.2025\)](#)

Die Motion 23.3109 fordert ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten ("Puff Bars"), da diese besonders bei Jugendlichen sehr beliebt sind, ein hohes Suchtpotenzial durch Nikotin aufweisen und gleichzeitig massive Umweltprobleme durch ihre Wegwerfnatur und schwer recycelbare Komponenten verursachen. Obwohl der Bundesrat die Motion im 2023 zur Ablehnung empfahl, wurde sie vom Nationalrat und Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. In der Stellungnahme verweist Bundesrätin Baume-Schneider u.a. auf die bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen für ein mögliches Verbot von Einwegprodukten aus Umweltschutzgründen, sieht aber ein nationales Verbot derzeit als verfrüht an, da noch offene Fragen zur internationalen Rechtslage sowie zur Wirksamkeit der neuen Massnahmen bestehen.

[Motion \(SR Jakob Stark, SVP\) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen \(12.06.2025\)](#)

Diese Motion (24.4064) fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 und der Nationalrat am 12. Juni 2025 zu. Demnach soll der Bundesrat die Abfallverordnung (VEA), besonders für Filteraschen aus Altholzverbrennung anpassen und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze fördern.

[Motion \(UREK-S\) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂ \(06.05.2025\)](#)

Diese Motion 24.4256 beauftragt den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024, der Nationalrat am 6. Mai 2025 an womit sie dem Bundesrat übertragen wurde. Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an.

[Postulat \(NR Céline Weber, GLP\) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern \(06.05.2025\)](#)

Das Postulat 24.4378 zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wiederverwendung von Verpackungen fördern. Es wird vorgeschlagen, Unternehmen, die Glasflaschen wiederverwenden, von der Pfandpflicht zu befreien, um innovative Systeme zur Wiederverwendung zu unterstützen. Der Bundesrat hat die Annahme des Postulates beantragt und verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zur Förderung von Mehrwegverpackungen aus Glas eröffnet wird. Der Nationalrat nahm das Geschäft im Mai 2025 an und überwies es an den Bundesrat.

[NEU - Motion \(NR Daniel Fässler, Mitte\) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, Gesetzesänderungen vorzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, um den wirtschaftlichen Betrieb von Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz auch in Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erkennt der Bundesrat die Biomasse als nachhaltige und CO₂-neutrale Energiequelle mit einem festen Platz im erneuerbaren Energiemix der Schweiz und fördert sie durch Investitionsbeiträge von bis zu 60 % für neue, erweiterte oder renovierte Anlagen. Obwohl er die Anliegen der Motion prüft, beantragte er deren Ablehnung, da bereits laufende Rechtsetzungsprojekte wie die Revision des Energiegesetzes und das CO₂-Gesetz Fördermassnahmen für Biomasseanlagen enthalten. Nach einem hin und her zwischen den beiden Räten, inklusive der Abschreibung im Rahmen eines anderen Geschäfts durch den Ständerat, beschloss der Nationalrat, dass das Geschäft trotz allem nicht abgeschrieben wird und übermittelte es dem Bundesrat.

[NEU - Motionen \(UREK-S und UREK-N\) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes](#)

Die Motionen 25.3422 der UREK-S sowie 25.3426 der UREK-N fordert den Bundesrat auf, die Umsetzung von Artikel 10 des Klima- und Innovationsgesetzes zu beschleunigen und verbindliche Vorgaben zu schaffen, damit bei der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Baustoffe – insbesondere Stahl, Zement, Asphalt, Aluminium, Dämmstoffe und Holz – bevorzugt werden und so deren Produktion gestärkt wird. Ziel ist es, durch die Vorbildfunktion des Bundes und die Hebelwirkung der öffentlichen Aufträge nachhaltige Baustoffe wettbewerbsfähiger zu machen und das inländische Potenzial besser zu nutzen. Der Bundesrat hat die Annahme der Motionen empfohlen und die Räte haben sie dem Bundesrat überwiesen.

[NEU – Postulat \(UREK-S\) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO₂-Gesetz](#)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Grundlagen für ein neues, schlankes und wirksames CO₂-Gesetz zu prüfen, das auf vier Prinzipien basiert: verursachergerechte Abgaben auf alle Emissionen, dynamisch angepasste Abgabenhöhe, Rückerstattung der Einnahmen abzüglich Verwaltungskosten, und eine Abgabe auf den CO₂-Fussabdruck importierter Produkte. Dabei sollen auch die wirtschaftlichen, politischen und administrativen Auswirkungen eingehend betrachtet werden. Der Bundesrat hielt in seiner Stellungnahme von Ende August 2025 das Anliegen für prozedural und inhaltlich verfrüht und wollte die Punkte im Rahmen der laufenden Revision des CO₂-Gesetzes angehen. Durch die Annahme des Postulates durch den Ständerat wurde es jedoch bereits jetzt dem Bundesrat überwiesen.